

1.) Sie treffen einen Nichtwähler: Wie bringen Sie ihn dazu, zur Wahl zu gehen?

Was vor Ort in den Parlamenten passiert, erfahren die meisten Bürger und Bürgerinnen nicht, denn in den Medien wird meist über die Politik in Berlin und vielleicht über Landespolitik berichtet.

In unseren Flyern und an den Ständen versuchen wir deshalb zu erklären, dass in den Orts- und Kreisparlamenten, genau die Dinge entschieden werden, die uns Bürgerinnen und Bürger direkt und unmittelbar betreffen: Im Kreistag werden unter anderem der ÖPNV und die Abfallentsorgung und Gebühren geregelt.

(Ergänzung Nadine: In der Kommunalpolitik engagiert man sich ehrenamtlich, das heißt ähnlich wie für die freiwillige Feuerwehr und das Rote Kreuz. In dem Sie zur Wahl gehen, zeigen Sie diesen engagierten Menschen gegenüber Wertschätzung, denn ohne das Ehrenamt in der Kommunalpolitik würde unsere Demokratie nicht funktionieren. Sie wollen sicher auch nicht, dass alles in Berlin entschieden wird. Zudem geht es gerade bei den Gemeindewahlen oft um wenige Stimmen, die den Unterschied ausmachen. Ihre Stimme zählt daher besonders.

2.) Das Zentralklinikum wird in Pinneberg gebaut: Was wollen Sie tun, damit im Norden keine medizinische Versorgungslücke entsteht?

Wir stehen hinter einem neuen Zentralkrankenhaus, da dieser Schritt eine gesicherte und moderne Versorgung in der Zukunft bedeutet. Eine sehr gute Bus-Anbindung werden wir mit Nachdruck fordern. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass im Kreis verschiedene ambulante medizinische Versorgungszentren entstehen. Die heutigen Krankenhausflächen sollen für Gemeinwohlorientierte Projekte erhalten werden.

3.) Debatte um aussterbende Innenstädte im Kreis Pinneberg: Sie brauchen neue Kleidung: Was könnte Menschen dazu bewegen, wieder mehr in den Innenstädten im Kreis Pinneberg einkaufen zu gehen - und was muss die Politik dafür tun?

Wie in vielen anderen Regionen stehen auch im Kreis Pinneberg die Innenstädte vor großen Herausforderungen. Der Aufenthalt in der Stadt braucht einen neuen Grund - Eis essen und Menschen begegnen, aber auch Bummeln und gut einkaufen. Kommunalpolitik kann dabei Anreize setzen, zum Beispiel indem sie die Einkaufsstraßen in grüne und attraktive Begegnungsorte verwandelt und durch mehr Sitzmöglichkeiten und Spielplätzen die

Aufenthaltsqualität erhöht. Mit einem verlässlichen ÖPNV und Kultur-Angeboten, aber auch regionalen frischen Erzeugnissen werden unsere Innenstädte dem Internethandel trotzen.

4.) Was kann die Politik für eine reibungslose und wirtschaftliche Müllentsorgung im Kreis Pinneberg tun? Und gibt es Lehren aus dem Tonnen-Chaos?

Die gesamte Müllentsorgung muss regionaler gedacht und mehr auf Vermeidung von Verpackungsmüll gesetzt werden. Dazu braucht es allerdings noch intensivere Bemühungen in EU und eine Gesetzesinitiative des Bundes. Das ist ein langwieriger Prozess, deshalb haben wir uns für die Einführung einer Wertstofftonne im Kreis Pinneberg eingesetzt, die die Gelbe Tonne ersetzt und dann vom Kreis Pinneberg betrieben wird. Unsere Wertstoffe gehören in kommunale Hand – dann haben die kommunalen Parlamente auch die Möglichkeit, bei Problemen und Schwierigkeiten in der Müllentsorgung einzugreifen.

5.) Kommunen klagen über Probleme bei Flüchtlingsunterbringung: Wie können künftig noch weitere Menschen im Kreis Pinneberg untergebracht werden?

Die Wohnungsnot betrifft nicht nur Geflüchtete, sondern auch Menschen mit geringem Einkommen. Die Schaffung von Wohnraum ist ein langfristiger Prozess, der in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt wurde. In vielen Kommunen gab es oft keine Mehrheiten für Wohnraumschutz, öffentliche Unterkünfte und den sozialen Wohnungsbau. Der Kreis Pinneberg hat keine eigenen Flächen, aber als Grüne unterstützen wir die Gründung einer gemeinnützigen kommunalen Wohnraumagentur, wie sie im Kreis Nordfriesland bereits erfolgreich besteht. Sie hat die Aufgabe, insbesondere privaten Vermietern die Sorge vor schwierigen Mietverhältnissen zu nehmen.

Ein zweites Projekt, für das wir Grüne bislang noch keine Mehrheit gefunden haben, ist eine zusätzliche Förderung durch den Kreis, um Städte und Kommunen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu unterstützen.

6.) Die Schulen im Kreis Pinneberg platzen aus allen Nähten - was wollen sie konkret tun, um die Probleme in den Griff zu bekommen?

Der Kreis betreibt zwei Berufsschulen und zwei Förderzentren. Wir stehen kontinuierlich zu den notwendigen Erweiterungen und Umbauten, die für die Zukunft wichtig sind. Vieles wurde schon geplant und umgesetzt. Die Berufsschule Pinneberg hat einen modernen Bau erhalten, in Elmshorn sind die Sanierungen im Gange und in der Heidewegschule wurde im Sommer 2022 ein moderner Anbau eingeweiht.

Für den Ausbau und die Modernisierung der KiTas und Schulen sind die Städte und Gemeinden zuständig. Dass das nicht funktionieren kann, zeigt folgendes Beispiel: Die Modernisierung des Schulzentrums Schenefeld wird auf 100 Millionen Euro geschätzt. Das ist für eine Stadt mit 20.000 Einwohnern kaum umzusetzen. Daher setzen wir uns in Kiel für mehr

Landesmittel im Schulbau ein. Als Kreis haben wir zudem in den letzten Jahren die Zuschüsse für den Kitabau auf 3 Mio jährlich erhöht und den Zuschuss pro Platz verfünffacht.

7.) Umweltschutz und Klimaneutralität: Welche drei Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht im Kreis Pinneberg als erstes ergriffen werden?

Wir sehen es als eine vordringliche Aufgabe des Kreises, Städte und Kommunen an, fachlich, konkret und koordinierend bei der Jahrhundertaufgabe Klimaneutralität zu unterstützen. Hierzu möchten wir eine kreiseigene Klimaschutzagentur aufbauen. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir vor Ort die richtigen Weichen stellen. Alle Baumaßnahmen vor dem Hintergrund der Energiewende neu strukturieren. Klimaschutz muss aber in allen Bereichen als übergeordnete Aufgabe gedacht und in alle Pläne grundsätzlich mit einbezogen werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe sehen wir darin, weitere Flächenversiegelungen zu vermeiden und aufgegebene Flächen zu entsiegeln, um unsere Böden, unser Wasser und uns Menschen zu schützen.

8.) Der A23-Ausbau soll kommen und massiv beschleunigt werden - was halten Sie davon?

Ein 6 spuriger Ausbau der A 23 ist falsch. Er ist mit enormen Kosten verbunden, Eigentümer müssen enteignet, Brücken müssen abgerissen und neu gebaut werden. Während der Bauzeit werden wir jahrelang mit zusätzlichen Staus rechnen. Er verschlingt zudem hohe Summen, die für den Ausbau der Schiene und engere Taktungen im ÖPNV eingestetzt werden könnten. Mit attraktiven günstigen Lösungen können wir Engpässen viel besser und nachhaltiger entgegenwirken.

Die meisten Staus entstehen durch Verengungen z.B. weil der Verkehr in die Orte nicht abfließen kann. Gerade in Hamburg, das als Modellregion für die Mobilitätswende vom Bund gefördert wird, stehen die Zeichen auf weniger Autoverkehr. Da ist es doch wesentlich sinnvoller, die Abfahrten umzubauen. Eine Abbiegespur oder ein Kreisverkehr verbrauchen wesentlich weniger Fläche, sind kostengünstiger, schneller und einfacher umzusetzen. Auch mit der Fertigstellung der A7 wird der Verkehr am Dreieck Nordwest wesentlich flüssiger werden.

9.) Sie müssen aus Ihrem Heimatort zu einem Termin nach Hamburg. Wie könnte man Sie motivieren, das Auto künftig häufiger stehenzulassen?

Die Hauptmotivation ist, mit dem öffentlichen Nahverkehr und dem Fahrrad schneller und bequemer als mit dem Auto nach Hamburg zu kommen. Als Kreis haben wir die große Chance, die Mobilitätswende voranzubringen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir ein überregionales Management für den ÖPNV, Radverkehr, flächendeckende Sharing-Angebote und Investitionen in die E-Mobilität aufbauen.

Deshalb werden wir die Verbindungen noch weiter verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass Fahrradrouten effizient geplant werden und schnelle Anbindungen an das Bahnnetz

bieten, denn schneller als mit der Bahn kommt man nicht nach Hamburg. Der ÖPNV Ausbau bleibt ebenfalls unser Schwerpunkt, denn die Bahn wird noch attraktiver, wenn man sich auf den Anschlussbus verlassen kann. Bei den Linienverbindungen und Taktungen haben wir als Grüne im Kreis schon viel erreicht und wollen den Ausbau weiterhin fördern. Für Familien und Geringverdienden wollen wir zudem das Deutschlandticket vergünstigen, denn so investieren wir in Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.